

Calmer Tagblatt

Nr. 53

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Veröffentlichungswelle 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige. Familienanzeigen 5 G. W. Restanten 10 G. W. Mit Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%

Montag, den 3. März 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erträgnis 45 Goldpfennig wöchentlich. Postbezugspreis 45 Goldpfennig ohne Erträgnis. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reichsregierung hat zusammen mit der bayerischen, badischen und hessischen Regierung anläßlich einer Feier der Mannheimer Presse eine wirkungsvolle Kundgebung für Pfalz und Rhein veranstaltet, wobei der Reichspräsident eine bedeutungsvolle Rede hielt, die den entschlossenen Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck brachte, den Kampf um Rheinland und Pfalz, die urdeutsch und nur deutsch seien, bis zum glücklichen Ende zu führen.

Der englische Ministerpräsident hat vor acht Tagen an den französischen Ministerpräsidenten einen zweiten Brief geschrieben, auf den Poincaré am Mittwoch geantwortet hat. Es liegt nun der Wortlaut des Schreibens Macdonalds vor, aus dem zu ersehen ist, daß die englische Regierung zu einer Verständigung mit Frankreich in der von ihr gewünschten Richtung zu kommen sucht. Macdonald spricht unpersönlich; er kritisiert die seitherige Gewaltpolitik Poincarés nicht von seinem eignen Standpunkt aus, sondern von dem der „öffentlichen Meinung“ Englands, und schlägt eine Lösung der „Sicherheitsfrage“ durch den Völkerbund vor. Vor dem der Völkerbund aber mit seinen seitherigen Beschlüssen in deutschen Angelegenheiten muß das deutsche Volk drei Kreuze machen.

Die russisch-japanischen Reibereien, die durch russische Provokationen entstanden sein dürften, scheinen zu einem Konflikt ausarten zu wollen, dessen Folgen nicht abzusehen sind. Ob die Bolschewisten ihr eigenes Interesse vertreten, wenn sie durch Ausweisungen und Verhaftungen japanischer Staatsangehöriger in der Mandchurei die Anerkennung ihrer Regierung erzwingen wollen, und ob umgekehrt die Japaner sich einen Vorteil davon versprechen, die bolschewistische Regierung nicht anzuerkennen, angesichts der Tatsache, daß die europäischen Ententestaaten sich in letzter Zeit in dieser Richtung geradezu den Rang abzulaufen bestrebt waren, ist eine andere Frage.

Kundgebung der Reichsregierung zum Pfalz- und Rheintag.

Mannheim, 2. März. Im Nibelungensaal des Mannheimer Rosengartens hatten sich gestern Abend gegen 5000 Personen versammelt, um dem feierlichen Festakt des Mannheimer Pressetages, der sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Freiheit der deutschen Rheinlande und der Pfalz gestaltete, beizuwohnen. Bald nach 8 Uhr erschien der Reichspräsident Ebert mit dem Reichswehrminister Dr. Gessler, dem Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Höfle, dem Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm, ferner dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Künning, dem badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler und dem hessischen Staatspräsidenten Ulrich. Unter den Anwesenden bemerkte man führende Staatsmänner und namhafte Vertreter von Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Besonders zahlreich hatten sich die hart bedrängten Pfälzer Volksgenossen eingefunden. Nach einleitenden Orgelvorträgen ergriff als Vertreter der Ortsgruppe Mannheim des Verbandes der Südwestdeutschen Presse, Hauptschriftleiter Scheel, das Wort zu einer Ansprache, in der er die Bedrückungen in den besetzten Gebieten und besonders die Bedrückung der Presse hervorhob und in der er, an die zahlreichen Pfälzer sich wendend, zum Schluß erklärte, daß auch für sie die Stunde kommen werde, wo sie wieder frei sein würden, wo die

Grenzlinie, die jetzt mitten durch Mannheim gehe, ausgelöscht sein werde. Hierauf hielt der badische Staatspräsident Dr. Köhler eine Ansprache, die in dem Gelöbnis ausklang, daß, ob Sonnenschein ob Wetterschlag, „Deutschland, Deutschland über alles“ der Leitstern des deutschen Volkes sein werde.

Der Reichspräsident antwortete auf diese Ausführungen mit Worten des Dankes und fuhr dann fort: Die Augen Deutschlands, ja — ich kann es mit Genugtuung sagen — die Augen der gesamten Kulturwelt, so weit ihr Völkergewissen und Menschenrechte mehr sind als Wortgebilde, ruhen seit Wochen auf den deutschen Landen am Rhein, insbesondere auf der Pfalz, die unter dem Druck fremder militärischer Besatzung zur Erreichung alter machtpolitischen Ziele einem bewaffneten und gedungenen Gesindel überlassen worden ist, von dessen Gemeinschaft und Gesellschaft sich jeder anständige Pfälzer fernhielt. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, durch eine Handvoll überbelebender, zum erheblichen Teile landfremder, ja ausländischer Elemente, die bis aufs Blut gequälte Bevölkerung zur Abgabe an Heimat und Reich, zur Lösung tausendjähriger Bande der Geschichte und Kultur zu zwingen, ist an der bewundernswerten Widerstandskraft der Bevölkerung und an ihrem unerschütterlichen deutschen Fühlen und Denken gescheitert. Die Pfalz ist deutsch, ferndeutsch wird es bleiben! Das schwere Schicksal und die harten Erlebnisse, die die Lande am Rhein seit der fremden Besetzung durchgemacht haben, haben diese Lande und die Herzen ihrer Bewohner nur noch fester und unlösbarer mit dem deutschen Vaterland verankert. Was wir in den letzten Wochen in der Pfalz erlebt haben, das hat der Welt gezeigt, daß deutsche Treue kein leeres Wort ist. Diese deutsche Treue wird, dessen sind wir alle sicher, auch weiterhin die Probe bestehen und allen Gewalten zum Trotz uns dem hellen Morgen der Freiheit entgegenführen. Mit besonders herzlichem Mitgefühl gedenken wir in dieser Stunde unserer Brüder und Schwestern, die fremder Gewalt und der Niedertracht entarteter Volksgenossen zum Opfer gefallen sind. Zahlreiche Deutsche sind ums Leben gekommen, hunderte sind der Freiheit beraubt worden und noch jetzt im Kerker, und viele Tausende sind unter der Separatistenherrschaft aus der pfälzischen Heimat verjagt worden. Ich kann auch hier nur von neuem bekräftigen, daß die Reichsregierung wie bisher auch ferner alles, was in ihren Kräften liegt, tun wird, um das Los dieser Opfer der Gewalt zu lindern, um den Gefangenen Freiheit und Heimat wiederzugeben, um zu helfen, wo geholfen werden kann. Die Reichsregierung wird auch alles daran setzen, um der Bevölkerung der Pfalz Lebensbedingungen wiederzuerlangen, wie sie Menschenrechte und Menschenfitten gebieten. Die deutsche Regierung wird alles tun, um der Welt den Beweis zu erbringen, daß es sich nicht um eine Loslösungsbewegung der Pfalz handelt, sondern um den Versuch, mit unlauteren und zum größten Teil gekauften Subjekten einen deutschen Volkstamm gegen seinen Willen in Gegensatz zu seiner Heimat und dem Volksganzen zu bringen. Ohne fremde Hilfe und bewaffnete Unterstützung gibt es keinen Separatismus und keine Separatisten. Hätte man den Rheinländern und den Pfälzern ihr Selbstbestimmungsrecht gelassen, dann wäre der ganze Separatistenputsch über Nacht verloschen. Diese Tatsache liegt so klar zu Tage und ist so zwingend, daß die öffentliche Meinung der Welt sich ihr nicht verschließen kann. Gibt es ein Weltgewissen, dann müssen unsere Bemühungen um Erlangung menschenwürdiger Verhältnisse in der Pfalz und die Wiederherstellung der Rechte der pfälzischen Bevölkerung zum Erfolge führen. Soweit die deutsche Geschichte reicht, ist der Rhein unklümpft, obgleich kein Zweifel bestehen kann, daß das Stromgebiet des Rheins und seine Bevölkerung nach Geschichte und Wesenart urdeutsch und nur deutsch sind. Hier am Rheine wurzelt fest unser Nationalbewußt-

sein; solange das deutsche Volk lebt und atmet, wird es ausharren im Kampfe um den deutschen Rhein! Bestehen werden wir diesen Kampf aber nur, wenn wir in Opfermut und Opferwillen in allen großen Fragen unseres Volkes in Gemeinschaft und Treue zusammenstehen. So soll der heutige Abend unseren Mitbürgern aus der Pfalz und vom Rhein die Gewißheit geben, daß, ungeachtet verschiedener politischer Meinungen, das ganze deutsche Volk mit ihnen fühlt, zu ihnen steht und entschlossen ist, ihnen zu helfen, so, wie Sie drüben alles Trennende zurücktreten lassen hinter dem großen Gedanken der deutschen Sache und der Freiheit. Möge dieser Geist der Schicksalsgemeinschaft und des Zusammenstehens Beispiel und Mahnung für alle Deutschen und für alle Tage sein, möge er für unsere Zukunft das Zeichen sein, in dem Recht und Freiheit siegen!

Dann sprachen der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Künning und der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Höfle. Letzterer betonte, daß er aus seiner amtlichen Tätigkeit die Gewalttherrschaft der Franzosen zur Genüge kenne. Seit Monaten seien die Bemühungen der Reichsregierung, mit den Besetzungsmächten einen Modus vivendi zu finden, vergeblich geblieben. Die Antworten der Belgier und Franzosen seien nichtsjugend und ausweichend gewesen. Die Veranstaltung, die im Zeichen der Schicksalsgemeinschaft zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet stehe, solle den bedrängten Volksgenossen zeigen, daß das unbesetzte Deutschland für sie einstehe, denn das Schlimmste, was passieren könne, das wäre, wenn das besetzte Gebiet auch nur einen Augenblick das Gefühl des Verlassenheit hätte. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß der Tag bald erscheinen möge, der den Volksgenossen im besetzten Gebiet Freiheit von Leiden und Bedrückung und Ordnung und Sicherheit bringe. Zum Schluß betonte Reichstagsabgeordneter Hoffmann Ludwigshafen (Soz.) den Charakter der Kundgebung als eines überwältigenden Zeichens der deutschen Einheit. Seine Rede klang in einem Hoch auf die Pfalz und auf Deutschland aus. Die Begeisterung, die sich bei jeder Rede in lebhaften Beifallskundgebungen geäußert hatte, fand ihren Niederschlag in dem gemeinsamen Gesang des Nationalhymnus, womit der politische Teil des Abends sein Ende erreichte. — Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der zur Feier nicht erscheinen konnte, hatte zur Kundgebung ein Begrüßungstelegramm geschickt.

Ein neuer Brief Macdonalds an Poincaré.

Paris, 3. März. Der Brief, den Macdonald am 21. Februar an Poincaré gerichtet hat, enthält u. a. folgende Ausführungen: Der freundschaftliche Charakter der Antwort, die Sie auf meinen Brief vom 26. Januar gegeben haben, ermächtigt mich, den Versuch zu machen, eine neue Etappe in dem Aufklärungsdienst der Schwierigkeiten zu versuchen, die in den Beziehungen unter beiden Ländern entstanden sind. In England ist das Empfinden weit verbreitet, daß Frankreich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Lage zu schaffen suche, die ihm das verschaffen solle, was es während der Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten nicht habe durchsetzen können. Diejenigen Kreise meiner Landsleute, die diesen Eindruck haben, stehen auf dem Standpunkt, daß das eine Politik sei, die nur die Ungewissheiten und Gefahren einer Lage verewige, die man nicht Friedenszustand, sondern vielmehr Kriegszustand nennen müßte, und daß diese Politik schließlich alle Sicherheitsgarantien zunichte machen würde, die Frankreich vorübergehend durchgesetzt hätte. Es hat in Frankreich viele Kreise gegeben, die sich eingebildet haben, daß die restlose Zertrümmerung Deutschlands automatisch und für immer es von einer Drohung befreien würde, die — darüber bin ich mir völlig klar — tatsächlicher Art (?) war. Gewisse Leute haben geglaubt, daß die Grenze Frankreichs bis zum Rhein ausgedehnt werden müsse, wenn ihr Land eine unbedingte Sicherheit erzielen wolle. Diese Erwartungen sind enttäuscht worden. Anstelle der Rheingrenze hat man ihnen nur eine solidarische Bürgschaft Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten. Dadurch aber, daß Amerika sich abseits hält, ist dieses Angebot hinfällig geworden. Seitdem haben die Franzosen mit einiger Berechtigung (!) versucht, anstelle des Garantievertrages andere greifbare Garantien zu setzen. Was die Reparationen anbelangt, so hat die Deffektivität in Frankreich eine weitere Enttäuschung erlebt. Weder die ja

en
ucht.
600.—
Stuttgart
nur
Schulstr. 2
d:
r
ng
e
o.
Wilhelm Winz, Calw,
Markplatz.
um
holz-
achen
zell,
rößen
ten auch über
Spezialfabrik
n (Baden).

gut wie unbegründeten Hoffnungen, die der Sieg hat entstehen lassen, noch die 1921 erfolgten Schätzungen spezifischerer Art stehen tatsächlich in dem rechten Verhältnis zu den wirtschaftlichen Zuständen, wie sie heute vorliegen. Die Lage Englands ist eine ganz andere. Unsere Sicherheit zu Lande und zu Wasser ist vor Drohungen bewahrt, aber unser Wirtschaftsleben ist in schwere Gefahr gebracht worden nicht dadurch, daß Deutschland außerstande war, Reparationen zu zahlen, sondern durch den tiefgehenden und anhaltenden Zerfall der europäischen Märkte, dessen Hauptursache die ständige Ungewißheit der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ist. Das wirtschaftliche Chaos, das, wie die heftigen Schwankungen des Wertes der deutschen Währung es bezeugen, andauert, und schließlich die Ungewißheit, die sich in den Beziehungen Frankreichs und Englands eingestellt hat, haben verurteilt, daß die Bevölkerung unseres Landes mit Besorgnis den in ihren Augen gefaßten Entschluß betrachtet, Deutschland zugrunde zu richten und auf dem Festlande zu herrschen ohne Rücksicht auf unser vernunftgemäßes Interesse und die künftigen Folgen, die sich daraus für die Regelung der europäischen Angelegenheiten ergeben. So empfindet sie eine gewisse Furcht vor der starken militärischen Luftmacht, die nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Frankreichs unterhalten wird. So fühlt sie sich verwirrt durch das Interesse, das Ihre Regierung für die militärische Organisation der neuen Staaten Mitteleuropas bekennt, und so fragt sie sich schließlich, warum alle diese Veränderungsformen die finanzielle Unterstützung der französischen Regierung genießen ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß der britische Steuerzahler an 30 Millionen Pfund Sterling aufzubringen hat, um die Zinsen der in Amerika ausgenommenen Anleihen zu bezahlen, und daß unsere Steuerzahler außerdem große Summen opfern müssen, um die Zinsen für die französischen Schulden bei England zu begleichen, während Frankreich seinerseits, soweit der englische Steuerzahler sieht, für diese Schuld ein dem feindlichen entprechendes Opfer weder gebracht noch vorge schlagen hat. Volkstümliche Empfindungen dieser Art sind, so irrig sie auch sein mögen, Faktoren, die Sie ebenso wie ich zu berücksichtigen genötigt sind. Nach meiner Ansicht ist es dieser Stand der öffentlichen Meinungen in den beiden Ländern, die unsere Beziehungen in der Vergangenheit beeinträchtigt und für unsere beiden Regierungen Anlaß gegeben haben dürften, sich zu Streitigkeiten über die Symptome der Krankheit hinzureißen zu lassen, ohne daß sie sich bemüht hätten, in voller Klarheit und mit gesundem Menschenverstand nach den Ursachen zu forschen. Das französische Volk wünscht Sicherheit. Das englische Volk hegt ein identisches Ideal. Während aber Frankreich an Sicherheit nur insoweit denkt, als sie einen Schutz gegenüber Deutschland allein gewährt, legt die britische Öffentlichkeit diesem Worte eine viel weitergehendere Bedeutung bei. Was wir wünschen, ist die Sicherheit vor den Kriegen. Nach meiner Auffassung ist das Sicherheitsproblem kein französisches Problem, es ist ein europäisches Problem, das die Mächte England und Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei, Ungarn und Südslawien, Rußland und Rumänien, Italien und Griechenland berührt. Es ist sehr leicht möglich, daß in den kommenden 10 Jahren die Menschheit die allgemeine Abrüstung und die Ausbreitung der schiedsrichterlichen Verfahren über die ganze Welt erlebt. In der Zwischenzeit muß unsere Aufgabe darin bestehen, das Vertrauen wiederherzustellen, denn diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn man den internationalen Argwohn und die internationale Beunruhigung, die zur Stunde existieren, wohl versteht und beseigt. Ob dieses Ziel teilweise erreicht werden kann durch regionale Entmilitarisierungs- und Neutralisationsmaßnahmen, durch die Schaffung neutralisierter Gebietsstreifen zwischen gewissen Staaten unter gegenseitiger oder gegen Kollektivgarantie und Ueberwachung oder aber durch irgend ein anderes Mittel, das ist eine Frage, die sorgfältig im Einzelnen erwogen werden muß, das ist, glaube ich, eine Angelegenheit, in der der Völkerverbund durch gleichzeitige Erörterung und eine evtl. Aktion eine wichtige Rolle spielen könnte. Man müßte die Zustimmung und den guten Willen sämtlicher Länder Europas im Sinne einer derartigen Politik feststellen. (1) Aber es handelt sich auch hier um eine Politik, die nur in Gang kommen kann, wenn Frankreich und England sich verständigt haben. Ebenso wünscht das französische Volk Reparationen zu erhalten und es stellt sich diese Reparationen vor allem in der konkreten Form deutscher Zahlungen für die auf französischem Gebiet verursachten Schäden vor. Auch das englische Volk wünschte lebhaft, daß die Verwüstungen des Krieges wieder gutgemacht werden. Nach seinem Begriff haben aber diese Verwüstungen eine weitreichende Bedeutung. Sie erstrecken sich auf die ruinieren Abjahnmärkte, auf die dahingeschwundene Kaufkraft, auf dem Niedergang des Schiffstraus und des Außenhandels, auf die Entwertung der Währung und deren Mangel an Stabilität und auf die Arbeitslosigkeit. Es ist vielleicht schwerer, sich unser verwüstetes Gebiet in völlig bestimmter Gestalt vorzustellen. Der Wiederaufbau wird sich weniger mit den Händen greifen lassen und mehr Zeit in Anspruch nehmen. Aber diese Verwüstungen existieren darum doch und werden von uns ebenso grausam empfunden wie die Verwüstungen, die für Frankreich existieren. Und solange kein Heilmittel gefunden ist, werden die gegenseitigen Leiden und Sorgen unserer Rasse andauern. Bevor wir indessen diese Probleme erörtern können, müssen wir natürlich den Bericht der Sachverständigenkomitees abwarten. Ich warte ihn ab in der Hoffnung, daß die Sachverständigen Ihr und mein Land einander näherbringen werden. Ich sehe keinen Grund, der verhindern könnte, daß dieses Problem, wenn es im weitesten Sinne erfaßt und in Verbindung mit dem verwandten Problem der interalliierten Schulden der Prüfung unterzogen wird, in einem baldigen Zeitpunkt gelöst wird. Erhält England seine wirtschaftliche Stabilität in Europa, darf auch Frankreich die Zuficherung erhalten, daß seine gerechten Forderungen befriedigt werden. Auch wird die Mitwirkung der anderen europäischen Nationen gesichert sein. Wenn Frankreich und England sich zu verständigen vermögen, wird es nicht unmöglich sein, vor die Vereinigten Staaten von Amerika hinzutreten, nicht

als Schuldner, die sich untereinander streiten, sondern als geeinigtes Europa, das von dem lebhaften Wunsche befeuert ist, mit Hilfe gegenseitiger Opfer und gegenseitiger Verständigung die Leiden unserer Völker zu heilen. Auf einer derartigen Grundlage möchte ich mit Ihnen unsere in der Schwere gebliebenen Probleme erörtern. Dann werden wir eine Verständigung über die wesentlichen Grundzüge, die uns leiten, in die Wirklichkeit umsetzen können.

Der englisch-französische Briefwechsel.

Paris, 1. März. In französischen autorisierten Kreisen wird erklärt, die beiden Briefe Ramsay MacDonalds und Poincarés, die am Montag morgen veröffentlicht würden, könnten als sehr wichtige Dokumente bezeichnet werden. Beide Staatsmänner drückten hierin ihre Ansicht über die ernstlichen schwebenden Fragen aus und äußerten den gemeinsamen Wunsch, eine Politik zu betreiben, durch die der Völkerverbund gestärkt werde.

Der Reichsaußenminister zur auswärtigen Lage.

Berlin, 28. Febr. In Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache brachte Reichsaußenminister Dr. Stresemann in seiner groß angelegten Rede gegenüber den Mitgliedern der Kommission den Dank für ihre mühevollen Arbeit zum Ausdruck. Von dem Erfolg ihrer Arbeiten werde es abhängen, ob eine Lösung der Reparationsfrage möglich sei, was die Wirtschaftslage erfordere. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der engsten Beschränkung aller Staatsausgaben erklärte der Minister in Bezug auf die Besatzungskosten, daß hierin unsere Leistungsfähigkeit begrenzt sei. Für absehbare Zeit können wir aus eigener Kraft an Reparationszahlungen nicht denken. Als Voraussetzung für das Abgeben einer internationalen Anleihe müsse die Wiederherstellung Deutschlands über seine Wirtschaft und Finanzen angesehen werden. Für Frankreich bestehe, wenn es ernsthafte Absicht habe, kein Hindernis mehr zu einer wirtschaftlichen Vereinbarung. Wenn der Kreditnot in Industrie und Landwirtschaft nicht abgeholfen werde, müsse mit einer Verminderung der Produktivität gerechnet werden und deshalb sei eine internationale Anleihe zu begrüßen und zwar sei wünschenswert, daß diese möglichst bald zustandegebracht werde. Bezüglich der Münchenerträge, die am 15. April ablaufen, erklärte der Minister, das Deutsche Reich könne eine weitere Finanzierung dieser Verträge nicht leisten. Eine Nichtverhandlung darüber bringe aber große Schwierigkeiten für Deutschland und Frankreich mit sich. Mit Genugtuung müsse festgestellt werden, daß in Frankreich trotz aller politischen Differenzen in wirtschaftlicher Beziehung nach einer Annäherung getrachtet werde. Solange der französische Ministerpräsident unsere Reparationsleistungen leugne, sei eine Verständigung mit diesem Lande unmöglich. Deutschlands Leistungen hätten 42 Milliarden Goldmark betragen. Eine ruhige konstitutionelle Entwicklung in Deutschland sei am besten gewährleistet durch eine Außenpolitik, die Deutschland leben lasse und nicht alle seine Anstrengungen zur Ergebnislosigkeit verdamme. Sodann kam der Minister auf die Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages und das deutsch-englische Abkommen über die Reparationsabgabe zu sprechen, hob die freundschaftlichen Formen bei den deutsch-englischen Verhandlungen hervor und stellte auf der anderen Seite fest, daß bei den deutsch-polnischen Verhandlungen dies leider nicht der Fall gewesen sei, weil im polnischen Parlament die Ausweigungen großer deutscher Bevölkerungssteile und der Verhandlungsabbruch gefordert wurde. Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund anlange, so sehe die Reichsregierung diesen Bestrebungen nicht ganz ablehnend gegenüber, sehe aber im jetzigen Augenblick keine Möglichkeit dazu. Zum Schluß seiner Ausführungen dankte der Minister dem Ausland für die Hilfstätigkeit und sprach die Hoffnung aus, daß für künftige Zeiten das Zusammenleben der Völker auf dieser Grundlage gegenseitiger Achtung gewährleistet werde. — Abgeordneter Dr. Koch-Weser (Demokr.) wünscht in der Politik mehr Idealismus und beschränkte sich gegen die Art, wie unter dem Ermächtigungsgesetz der Beamtenabbau gehandelt werde. Den abgebauten Beamten müsse ein Beschwerderecht gegeben werden und ihre Gehälter entsprechend dringend eine Aufbesserung. Eine ausreichende Vermögenssteuer würde dem Staat mehr Geld einbringen als eine Mietsteuer. Der Abgeordnete Hergt hat verschwiegen, daß sein Verlangen nach Zerreißung des Versailler Vertrages nicht ohne einen neuen Krieg erfüllt werden kann. Die Kriegsschuld müssen wir bezahlen. Die Verantwortung am Krieg können wir nie auf uns schieben. (Sehr richtig.) Den Reparationen nach außen müssen auch Reparationen nach innen folgen. Wir wollen nicht die Sozialisierung der Wirtschaft, aber wir müssen uns jetzt dagegen wehren, daß die Wirtschaft den Staat unterjocht. (Lebhaft Zustimmung.) Ein Teil unserer Arbeitgeber will heute den Terrorismus, den 1919 auf 1920 die Kommunisten geübt hatten, wettmachen, indem sie ihrerseits einen Herr im Hause-Standpunkt hervorheben, der der liberalen Entwicklung unseres Wirtschaftsklebens nicht entspricht. (Beifall.) Das Scheitern des Herrn v. Raß hat wiederum bewiesen, daß mit der Diktatur auch nichts erreicht wird. Von einer Sehnsucht nach der Monarchie ist in unserem Volk auch nichts zu spüren. Wir sind dem Reichspräsidenten dankbar für die entschlossene und tatkraftvolle Art, in der er das deutsche Volk in schweren Jahren geführt hat. (Beifall.) Das von den Deutschen als Mecca und Jungbrunnen gepriesene Bayern zeigt sich heute in einer furchtbaren Unordnung und Desorganisation. Die bayerische Verfassungskonferenz verlangt wieder Reservatrechte, die unter keinen Umständen wiederkehren dürfen. Ich kann mir einen Zustand nicht vorstellen, bei dem Bayern in Ungarn und Sachsen, sowie in Sowjetrußland einen besonderen Vertreter haben soll. Es ist unerträglich, daß der im übrigen Deutschland heftig verfolgte Erbarch in Bayern unbehindert auf-

treten kann. Reformen sind notwendig im Parlament und im Wahlverfahren. Wenn die übrigen Parteien eine Wahlreform vor den Neuwahlen für unmöglich halten, so sollte wenigstens der neue Reichstag dieses Reformwerk schleunigst durchführen. (Beifall bei den Demokraten.) Abg. Dr. Leicht (Bayr. Sp.) wünscht, daß der innere Friede nicht durch konfessionellen Hader gestört wird. Die Auswüchse der Kartelle und Syndikate seien zu bekämpfen und die Konjunkturgewinne steuerlich zu erfassen, wozu sich die Reichsregierung neue Vollmachten vom Reichstag geben lassen solle. — Der Kommunist Frölich hält eine übliche parteiagitorische Rede und möchte die Hauptschuld an den jetzigen Zuständen auf die Sozialdemokratie abwälzen. — Der Abgeordnete Alpers (Deutsch-Hann.) vertritt die föderalistischen Bestrebungen der Hannoveraner und beschwert sich über das Vorgehen von Noste, was den Regierungsvertreter veranlaßt, dagegen Protest zu erheben. Sodann wird die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Zur auswärtigen Lage.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen wieder einmal gescheitert.

Genf, 2. März. Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die seit dem 12. Februar in Genf stattfinden, wurden gestern Vormittag, da sie bisher zu keinem Ergebnis geführt haben und der Leiter der Konferenz, das brasilianische Mitglied des Völkerverbundes, Suza Dandas, sich zu einer Beratung des Minderheitenausschusses des Völkerverbundes nach Berlin begeben mußte, abgebrochen. Die deutschen Bevollmächtigten verließen ebenfalls gestern für einige Tage Genf, um zu Beginn der Tagung des Rates, der am 10. März in Genf zusammentritt, wieder hierher zurückzukehren und gegebenenfalls nochmals in Verhandlungen einzutreten. Es dürfte sich die Angelegenheit nun derart entwickeln, daß Suza Dandas dem Völkerverbund Bericht erstatten wird, der sich dann zunächst selbst mit der Frage zu beschäftigen hat.

Deutschland.

Die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft zum Abbau.

Berlin, 29. Febr. Die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft haben, einer Blättermeldung zufolge, an die Parteien des Reichstages eine Eingabe gerichtet, in der die Abänderung der Personalabbauverordnung verlangt wird. Die Organisationen fordern die Einrichtung einer unparteiischen, paritätisch zusammengesetzten Schiedsstelle, die alle Abbaumassnahmen der Regierung nachzuprüfen hat. Weiter verlangen die Organisationen, daß die Dauer der Beamtenabbauverordnung bis zum 31. März 1928 beschränkt werden soll und bitten, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, vor dem 45. Reichstagsauschuß ihre Forderungen zu begründen.

Staatliche Kontrolle der Waffenausfuhr aus dem Waffenindustriegebiet Mitteldeutschlands.

Berlin, 1. März. Verordnung Nr. 3 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar. Auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar bestimme ich:

§ 1. Zur Kontrolle der Waffenausfuhr aus dem Waffenindustriegebiet Suhl—Zella—Meißen wird ein Waffenausfuhrkommissar eingesetzt. Hierzu wird der Polizeimajor Salitter in Suhl ernannt.

§ 2. Zur Durchführung seiner Aufgaben stehen dem Waffenausfuhrkommissar die Schutzpolizei in Suhl und die Landespolizei in Zella-Mehlis zur Verfügung. Alle Reichs- und Landesbehörden haben dem Waffenausfuhrkommissar jede gewünschte Auskunft über den Waffenschhandel zu erteilen und ihn auf Anfordern in jeder Weise zu unterstützen. Die an der Waffenherstellung und der Waffenausfuhr beteiligten Betriebe und Einzelpersonen in dem in § 1 erwähnten Gebiet haben dem Waffenausfuhrkommissar nach Maßgabe der von diesem aufzustellenden näheren Bestimmungen über die Waffenausfuhr und die Waffentransporte Auskunft zu erteilen und seinen auf eine Kontrolle der Waffenausfuhr abzielenden Anordnungen Folge zu leisten.

§ 3. Beschwerden gegen die von dem Waffenausfuhrkommissar getroffenen Maßnahmen sind an das Reichsministerium des Innern zu richten.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichsminister des Innern (gez.): Jarres.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. März 1924.

Die Konfirmanden der evangelischen Kirche in Calw.

Die Konfirmation findet heuer am Sonntag Judica, 6. April, statt. Es sind 40 Knaben und 44 Mädchen.

Aus dem I. Bezirk (des Defans) werden eingegeweiht: Albert Hirth, Wilhelm Kümmerle, Friedrich Schütz, Gotthilf Bayer, Karl Holzäpfel, Heinrich Hegler, Emil Hägele, Alexander Köhm, Gotthold Bögel, Erwin Hengler, Heinrich Weiß, Gotthilf Raschold, Otto Weißer, Eugen Buch, Emil Mohr, Friedrich Lötterle, Ludwig Waidlich, Erwin Grammer, Hans Dagne, Karl Baitsinger, Ilse Dipp, Marianne Göb, Anneliese Hölder, Gertrud Seubler, Helene Hartmann, Sofie Münz, Lina Hoch, Maria Kohler, Frida Kappold, Hermine Strobel, Emma Stößberger, Gertrud Dittus, Anna Schroth, Gertrud Bauer, Emilie Hirth, Hedwig Fink, Emma Häbler, Marta Wollmershäuser, Angelika Keller, Frida Pfommer, Klara Bernhardt, Luise Schnerke, Helene Dalvoimo, Helene Grohmann, Anna Traub, Frida Heunefahrt, Paula Schimpf.

ment und im
Wahlreform
e wenigstens
durchführen.
(Bayr. Wp.)
nellen Haber
nditate seien
zu erfassen,
im Reichstag
hält eine üb-
schuld an den
gen — Der
die födera-
vert sich über
reter veran-
ie Weiterbe-
ge.
einmal
andlungen,
en, wurden
ergebnis ge-
as brasilian-
Dandas, sich
s des Böse-
abgebrochen.
alls gestern
Lagung des
itt, wieder
chmals in
e Anlegen-
dem Völkern
zunächst
Abbau.
r Beamten-
parteien des
nderung der
rganisationen
ittisch zusam-
Der Regie-
anisationen,
am 31. März
Gelegenheit
Forderungen
Waffen.
der Verord-
Grund des
Aufhebung
wehr staats-
ich:
em Waffen-
senausfuhr-
Salitter in
em Waffen-
Landespoli-
und Landes-
gewünscht
hn auf An-
Waffenher-
und Einzel-
em Waffen-
zustellenden
d die Waf-
ne Kontrolle
zu leisten.
suhpkommis-
sternum des
erklündigung
Jarres.
d.
März 1924.
Calw.
Judica,
hen.
agnet: Albert
hilf Bager,
nder Köhm,
Sotthilf Na-
rich Köttler,
Carl Baittel-
ertrud Beub-
aria Köhler,
er, Gertrud
erth, Hedwig
elika Keller,
Helene Dal-
Dennefahrt

Aus dem Bezirk II (des Stadtpfarrers): Hans Alber, Karl Schnauffer, Eugen Hild, Albert Schlatterer, Hermann Heib, Willi Koller, Willi Wirth, Erwin Hönelfe, Emil Grohmann, Emil Schöttle, Max Kreuzberger, Theodor Widmann, Georg Wurster, Karl Furtzmüller, Otto Heilemann, Walter Britsch, Hans Herrmann, Ernst Hennefarth, Otto Halb, Karl Ehrmann. — Helene Walz, Gertrud Pfeiffer, Doris und Ilse Stidel, Johanna Hamann, Gertrud Wagner, Frida Schwarz, Anna Schab, Berta Klingler, Klara Baral, Sofie Holder, Anna Keuter, Emilie Schurr, Paula Fauszer, Hilde Pfistron, Marta Schnürle, Marta Schühle.

Württ. Postwagen verbrannt.

Bei der Entgleisung des Fern-Eilgüterzugs Nürnberg—Saalfeld—Leipzig sind am 18. Februar acht Wagen mit württ. Postpaketen nach Leipzig, Halle, Breslau, Hannover, Berlin verbrannt. Es handelt sich um Pakete, die in der Zeit vom 16.—17. Februar in Württemberg nach Sachsen, Schlesien, Hannover und Berlin aufgegeben worden sind.

Eine Rede des Staatspräsidenten.

(SCB.) Stuttgart, 1. März. In der Hauptversammlung der Deutschen demokratischen Partei Stuttgarts erstattete Staatspräsident Dr. Hieber einen politischen Bericht über das vergangene Jahr. Er befaßt sich insbesondere mit dem Ruhrkampf, der außenpolitisch dem Jahre 1923 das Gepräge gab. Dieser Kampf würde in der Geschichte immer bedeutend sein. Er habe die moralische Isolierung Frankreichs wesentlich gefördert und seine innere Ernüchterung durch die Erschütterung seiner Währung und Wirtschaft begünstigt. Diese Entwicklung dürfe nicht durch ein deutsches Revanche-Geschrei durchkreuzt werden. England und Italien gegenüber habe sich die außenpolitische Lage gebessert. Gegen Rußland sei ernste Vorsicht geboten. Der Kriegsschuldfrage müsse von Reichs wegen energisch auf den Leib gegangen werden. Bezüglich der inneren Politik und des Personalabbaus betonte der Redner, daß sowohl menschlich wie sachlich mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu Werke gegangen werde, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens. Alle Forderungen an das Reich ließen sich im Rahmen der Weimarer Verfassung erfüllen. Bezüglich der Aufwertung dürfe man sich nicht allein nach der Wirtschaft richten, sondern auch nach der Billigkeit und dem Recht.

Ev. Landeskirchenversammlung.

(SCB.) Stuttgart, 27. Febr. In der heutigen Sitzung der Landeskirchenversammlung wurde das Ansinnen des Staates, ein Drittel des Besoldungs- und Pensionsaufwands für Geistliche auf die Kirche zu übernehmen, durch einstimmige Annahme des gestern gemeldeten Antrags abgelehnt. Der Berichterstatter Mayer sagte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, bisher seien wichtige Aufgaben vernachlässigt worden. In den großen Städten seien zu wenig Geistliche, die Organisten könnten nicht genügend besoldet werden, die innere Mission und weniger leistungsfähige Gemeinden brauchten Zuschüsse. Hierzu bedürfe es der Steuermittel und deshalb sei die Zumutung, ein Drittel der Gehalts- und Pensionslasten auf Kirchensteuern zu übernehmen, unannehmbar. Sodann wurde noch eine Art Ermächtigungsgesetz für die Kirchenregierung beschlossen. Danach hat der Landeskirchenpräsident das Recht, bis zur endgültigen Klärung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche die im laufenden Jahr zu erhebende Landes-

kirchensteuer vorläufig festzusetzen. Der Oberkirchenrat soll Spar- und Abbaumassnahmen bestimmen.

(SCB.) Stuttgart, 29. Febr. Die Ev. Landeskirchenversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung das Gesetz betr. den landeskirchlichen Haushalt einstimmig angenommen und ebenso einen Antrag des Prälaten Hoffmann, wonach Maßnahmen für Einschränkung in der kirchlichen Bedienung aus Sparmaßstäben keinesfalls auf die Diaspora Anwendung finden, die freiwilligen Konfessionsschulen in Diasporagemeinden in ihrem jetzigen Stand erhalten bleiben und ihre Bedeutung nicht nach der Schülerzahl, sondern nach ihrer Notwendigkeit für den Bestand des Gemeindelebens eingeschätzt werden sollen.

*

(SCB.) Stuttgart, 2. März. Die Abgg. Beiswänger (B.V.) und Genossen haben folgende Kleine Anfrage gestellt: In Vöhrbach ist die zuerst genehmigte Abhaltung eines vaterländischen Abends vom Oberamt wiederum zurückgenommen worden, weil kommunistische Elemente mit gewalttätiger Sprengung der Veranstaltung drohten. Ist das Staatsministerium mit der schwächlichen Stellung des Oberamts einverstanden, und was gedenkt es zu tun, um einem solch unerhörten Terror gegenüber vaterländischen Bestrebungen künftig wirksam entgegenzutreten. Schriftliche Antwort genügt.

(SCB.) Stuttgart, 29. Febr. Das hier in Stellung gewesene Dienstmädchen Karoline Herz brachte im August v. Js. sein uneheliches Kind auf unheimliche Weise ums Leben. Das Mädchen ließ das Kind einen ganzen Tag lang im Kasten liegen und schnitt ihm dann mit einem Küchenmesser den Hals durch. Die Leiche steckte das Mädchen in eine Blechbüchse, die es in einen Feldweggraben am Westbahnhof warf. Spielende Kinder fanden die Büchse. Das Urteil lautete auf 3 Jahre 2 Monate Zuchthaus und 3jährige Ehrverlust.

(SCB.) Ulm, 1. März. Einem durchreisenden auswärtigen Händler wurden bei einer Kontrolle dreierlei Zentner Butter beschlagnahmt, weil diese auf dem Wege des unerlaubten Handels und ohne die erforderlichen Papiere gekauft und befördert wurden. Ferner wurde einem Manne eine größere Anzahl Eier beschlagnahmt wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen über den Eierhandel.

Die Reichhaltigkeit

unserer Beilagen gewährleistet deren Gelesenheit, benützen Sie deshalb für Ihre Reklame unsere **Mittwochs- u. Samstagausgabe.**

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Bericht der Stuttgarter Borse.

(SCB.) Stuttgart, 29. Febr. Die Lustlosigkeit an der Börse hält an und die Kurse bröckeln weiter ab. Baumw. Unterhaujen

— 15 (50), Baumw. Eßlingen — 2 (48), Brem.-Beifg. Del — 1 (35), Feinmeh. Tuttlingen — 1 (34), Hohnher — 1 (34), Baumw. Kuchen — 2 (23).

Märkte.

(SCB.) Kornwestheim, 2. März. Zufuhr: 25 Ochsen, 12 Kühe und Kalbeln und 13 Stück Jungvieh. Die Preise betragen für 1 Paar Ochsen 1000 M., 1 Paar Stiere 500 bis 700 M., eine Kalbel und eine Kuh 400—550 M., ein Stück Jungvieh 80—140 M. Der Handel war flau.

(SCB.) Spaichingen, 29. Febr. Dem Viehmarkt wurden 61 Stück Rindvieh zugeführt und zwar 25 Kühe (Preis 380—480 M.), 18 Kalbinnen (450—565 M.) und 18 Kindle (140—180 M.). — Auf dem Schweinemarkt betrug die Zufuhr 30 Milchschweine. Preis per Paar 38—48 M.

Schweinemärkte.

Bönnigheim: Milchschweine verkauft das Stück zu 16—22 M., Läufer zu 30—60 M. — Schömburg: Zufuhr 30 Stück. Bis auf einen kleinen Rest wurde alles verkauft um den Preis von 38—60 M. pro Paar. — Tettanang: Zufuhr 70 Ferkel und 24 Läufer. Von beiden Arten wurde gerade die Hälfte verkauft, und zwar die Ferkel um 16—22 M., die Läufer für 30—45 M. das Stück. — Tuttlingen: Zufuhr 57 Milchschweine. Verkauft wurden 37 Stück. Preis pro Stück 19—27 M. — Weilderstadt: Zutrieb 26 Milchschweine. Bezahlt wurde bei schleppendem Handel 30—35 M. das Paar. Ein kleiner Ueberstand.

Balingen: Zufuhr 82 Milchschweine. Preis für ein Stück 24—32 M. Der Handel war flau, doch wurde alles verkauft. — Blaustetten: Zufuhr 160 Milchschweine. Verkauft wurden 160 Stück zum Paarpreis von 32—54 M. — Craillsheim: Zufuhr 28 Läufer und 398 Milchschweine. Preis für 1 Paar Läuferchweine 60 bis 147 M., für 1 Paar Milchschweine 45—66 M. Der Handel war lebhaft. — Rürtlingen: Zutrieb 9 Läufer u. 56 Milchschweine. Läufer kosteten 42—60 M., Milchschweine 25—35 M. je das Stück. — Kottweil: Zufuhr 61 Milchschweine. Bezahlt wurde für das Paar 40—60 M. Der Handel war flau.

*

(SCB.) Wehrensteinsfeld OA. Weinsberg, 2. März. (Weinpreise.) Bei der letzten Weinversteigerung wurden für 1923er Rotweine 126 M., für gemischt Weiß 118 M. pro Hektoliter Erlöst. Die Weine waren gut gepflegt und von hervorragender Qualität.

*

(SCB.) Freudenstadt, 29. Febr. (Holzerlöse.) Bei einem Nadelholzstangenverkauf der Waldinspektion Freudenstadt wurden bei einem Ausbot von 3109 M. ein Erlös von 4369 M. gleich 140,5 Proz., bei einem zweiten Verkauf bei einem Ausbot von 414 M. ein Erlös von 592 M. gleich 143 Proz. erzielt. Für 443,55 Fm. Nadelholzstammholz wurde ein Gesamterlös von 12 204 M. (Ausbot 10 597,95 Mark) gleich 115,2 Proz. erzielt.

Für die Schlichtung verantwortlich: Otto Seilmann Calw, Druck und Verlag der W. Dellwisch'schen Buchdruckerei Calw.

Amtsgericht Calw.

Bereinsregistereintrag vom 28. Februar 1924: Jugendbund Oberreichenbach, E. V. im Verband des Deutschen Jugendbundes für Entschieden Christentum. Sitz in Oberreichenbach. Sitzung vom 13. Februar 1924.

Unterhaugstett Station Liebengell.

Jagdberpachtung.

Die hiesige Gemeindehaad mit 296 Hektar Grundfläche wird am **Samstag, den 8. März nachm. 3 1/2 Uhr** auf dem hiesigen Rathaus auf 3 bzw. 6 Jahre verpachtet, wozu Liebhaber eingeladen sind. Gemeinderat.

Röttenbach.

Stammholz-Berlauf.

Die hiesige Gemeinde bringt am **Freitag, den 7. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr**, auf dem Rathaus **ca. 90 St. forchenes Langholz** mit zirka 63 Festmeter III. bis V. Klasse im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf. Bedingungen und Auszüge auf dem Rathaus. Günstige Abfuhr. Gemeinderat.



Taschentücher
aller Art
in großer Auswahl
Paul Künzle, Calw.

Pfannkuch & Co

Eingetroffen
schwere große Eier
10 Stück
1.45 Mk.

Pfannkuch & Co

Srikotreste
sind eingetroffen, ferner habe ich noch einen Pollen
Herren- und Damenwäsche
abgegeben.
R. Binder, Zwinger 295

1 Kinderliege-sportwagen m. Verdeck
1 Kinderstuhl
1 Küchogaslampe
1 Gasofen, 1 Faß
verkauft d. Alg.
Wer, sagt die Geschäfte-stelle da. W.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Zufolge Beschlusses des Kassenvorstandes vom 26. Februar 1924 wird die im II. Stock unseres Verwaltungsgebäudes — **Lederstraße Nr. 161** — untergebrachte

zahnärztliche Klinik

am Montag, den 3. März in Betrieb genommen.

Leitender Zahnarzt:
Dr. med. dent. Rieg.

Sprechstunden: Montag bis Freitag von 9—1 und 3—6 Uhr
Samstag von 9—1 Uhr.

Calw, den 26. Februar 1924.

Vorstandsvorsitzender: Kamparos. **Verwalter:** Proß.

VR

Vorhangstoffe
in schmal und breit
Scheibenschleier
fertige Vorhänge
1teilig od. aus 3 Teilen
Madrasvorhänge, dicke Vorhänge
Paul Rühle, Calw.

Hirsau, den 29. Februar 1924.

Dankagung.

Allen, die mir Liebe bei dem Hinscheiden meiner lieben Schwester
Christine Thiedemann †
geb. Weinmann
erwiesen, auf diesem Wege herzlichsten Dank.
Die Schwester **Katharina Weinmann**

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir empfehlen:

Thomasmehl,	Luzerne,
Rhenaniaphosphat,	Rotklee,
Kaifalz,	Bastardklee,
Kainit,	Wicken,
Koch- und Viehsalz,	Angerjen.

Ausgabe Mittwochs und Samstags.
An Zahlungsstatt nehmen wir auch landwirtschaftliche Produkte zum Tagespreis an. Die Geschäftsstelle.

Weizenmehle
Roggenmehle

nur Qualitätsmarken!

Adolf Lutz.



Im eigenen Heim
bietet Ihnen das

Grammophon
Eingetragene Schutzmarke

vollwertigen künstlerischen Ersatz
bestbewährte Fabrikate in jeder Ho. zart
elektrisch und mit Federwerk

GRAMMOPHON-PLATTEN
in grösster Auswahl.
Gesänge, Orchester, Schlager u. moderne Tänze
jeder Art
empfehlen

Schmid & Buchwaldt, Pforzheim
Westliche 23 1 Treppe.
Kataloge gerne zu Diensten.

Ernst Schall, Calw

Rufnummer 68.

Eingang von Damen- und Mädchen-Mäntel
in Covercoat (halb- und reinwolle), Tuch, Gabardine, Wollserge
Damen- und Mädchen-Kleider
Kostüme, Kostümröcke.

Pfannkuch & Co

Feinstes kalifornisches
Misch-Obst
Pfund 1⁰⁰ Mark
amerikanische
Dampfpfäfel
Pfund 1²⁰
kalifornische
Apritosen
Pfund 1⁶⁰ u. 1⁸⁰
bosnische und
fränkische
Pflaumen
Pfd. 34 Pfg.
von an

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
in den bekanntesten
Verkaufsstellen

Verkaufe ca. 50 Ztr.
Heu
Fr. Proh. Wildberg.
Fernsprecher 3.

Sämaschinen
Getreide-
hackmaschinen
Heuwender
„Kruppfahr“
Grasmäher
„Kruppfahr“
sowie sämtliche
landwirtsch. Geräte
finden Sie ausgestellt am
Fastnachtmarkt
den 4. März bei
Gebrüder Sauer
Maschinengroßhandlg.
Herrenberg.

Fertige als Spezialität:
Schmiedeliserne
transportable **Waschkessel**
mit Kupferkessel und Ringsfeuerung,
daher große Brennstoffersparnis. Auch sind
Haushalt- und Dekonomie-Herde
mit Kupferschiffen kurzfristig lieferbar.
Dasselbst sind zwei neue **Schrotmühlen**
mit Kästen und Abräder, erstklassiges Fabrikat
billig zu verkaufen.
Carl Böhmler, Möttingen,
Flascherei und Installationsgeschäft.

Mais
Maismehl
Futtermehl
Kleie
Futterkalk
Koch- und
Viehsalz
billigt bei
Otto Jung.

Guterhaltenes
Fahrrad
verkauft
Johann Kusterer,
Hirsau.

Sege einen starken
Lern-
Stier
oder eine ältere
Nutz- und Fahr-
Ruh
dem Verkauf aus.
Näheres in der Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Sch verkaufe mein im Kapellenberg befindliches
Gartenhaus
samt Fundamentsteinen auf den Abbruch.
Paul Adolff.

Mais und Maismehl
zu Brenn- und Futterzwecken
jedes Quantum lieferbar
Adolf Lutz.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß
vom 1. März ab
mein Laden wieder geöffnet ist.
Albert Knoll, Geschirrhandlg.
Borsdorf.
Eine guterhaltene 7er Strickmaschine
hat abzugeben der Obige.

Unsere
Hohlraum-
Näheret für moderne
dauerhafte Verzierung
an Leib- u. Bettwäsche u.
Knopfloch-
Näheret empfehlen bei
billigster Berechnung.
Geschw. Stanger,
obere Marktstr. 23.

Piano oder
Safelklavier
wenn auch reparaturbedürftig,
zu mieten gesucht.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Fahrradgummi
Mäntel 3.25,
prima Qual. 3.65 u. 4. —,
extra prima 4.25 u. 5. —,
Schläuche extra prima
1.20 und 1.35,
Gebirgsdecken pr. ma 5. —
extra prima 5.50 u. 5.85.
Fahrräder
billig. Katalog gratis
Emil Leoy,
Hildesheim 147.

Brockmanns
Futterkalk
kaufen Sie am besten bei
Fr. Volz,
Oberreichenbach.

Pfannkuch & Co

Leigwaren

Bandnudeln
Pfd. 28 Pfg.
Eiernudeln
Pfd. 42 Pfg.
Bruch-
Makkaroni
Pfd. 36 Pfg.
Stangen-
Makkaroni
Pfd. 42 Pfg.

Metalbetten
Stahlmatr., Kinderbett, dir.
an Private. Katal. 48 S frei.
Eisenmöbellabrik Suhl Thür.

Hofenzeuge
Englischleder
Samtkord
fertige Hosen
blaue Anzüge
Paul Rühle, Calw.